

Sächsische Zeitung

№ 297.

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 193.

Verleger: Druckerei des Verlags- und Vertriebs-Büros in Halle a. S. 28. Juni 1900.

Zweite Ausgabe
Donnerstag 28. Juni 1900.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 27. Telefon Nr. 122.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 2. Telefon Nr. 921.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 28. Juni.

* Wie aus Kiel gemeldet wird, füllte der Kaiser am Montag Nachmittag dem Kaiserin von Monaco einen Besuch an Bord der fälligen Dampfboot „Prinzessin Alice“ ab. Abends fand an Bord der „Hohenzollern“ ein Dinner und später in der Marinecasariente eine Vollgesellschaft statt, zu der 400 Einladungen, u. A. auch an die in Kiel anwesenden fremdlandischen Marineoffiziere ergangen waren. Am Dienstag Vormittag begab sich Seine Majestät an Bord des „Meteor“ zur Teilnahme an der Regatta nach Eckernförde. Abends 11 Uhr reiste der Kaiser an Bord der „Hohenzollern“ zurück. Gestern früh 8 Uhr hat Seine Majestät die Kaiserin nach Kiel angetreten.

* Die Kaiserin traf Dienstag Nachmittag in Frankfurt a. M. ein und besichtigte den Kaiser, das Gesandtschafts- und den Dom. Nach einem Besuche bei der Prinzessin Friedrich Karl von Hessen erfolgte um 10 Uhr die Kaiserin nach Darmstadt.

* Das Festessen des Königs Albert von Sachsen hat sich, wie das Dresdener Hofjournalistat erklärt, nicht verschimmert. Unheilnis werden nicht ausgehen.

* Aus Oldenburg. Die Gabelung des Landtags fand gestern in der hergebrachten Form statt. Der Großherzog hielt eine seltene Ansprache. Er verließ dem Präsidenten Konrad Adelski und dem Generaldirektor Wiegand das Ehrenvortretung.

* Der Bundesrat wird heute noch eine Sitzung abhalten und sich dann bis Ende September vertagen.

* Das Staatsministerium hat gestern Nachmittag unter dem Vorsitz des Staatsministers Dr. v. Miquel zu einer Sitzung zusammen.

* Der evangelische Oberkirchenrat hat die Konfirmanden der neun älteren Provinzen beauftragt, die Geistlichen ihres Bezirkes anzuweisen, daß die in § 25 der Generalynodalordnung vorgeschriebene Fürbitte für die am 30. v. Mts. zusammenzutretende außerordentliche Generalsynode am 3. Sonntag v. Trin. (den 1. Juli d. J.) im Hauptortsbereich durch Entfaltung in das allgemeine Kirchengeschehen abgehalten werde.

* Der „Köln. Anz.“ wird behauptet, daß die Ernennung des Chefs des Militärkabinetts, General v. Infanterie v. Gahne zum Präsidenten des Reichsmilitärgerichtes, das am 1. Oktober seine Tätigkeit beginnen wird, unmittelbar bevorsteht. Der bisherige hochverehrte Generaladjutant der Armee, Wittf. Geismayr Jtenbach, scheidet am 1. Oktober aus und tritt in den Ruhestand, da nach der neuen Militärgerichtsordnung das Reichspräsidentium von einem General oder Admiral mit dem Rang eines Kommandierenden Generals besetzt werden muß. Dieser Präsident hat weitaus nur eine repräsentative und verwaltende Stellung. Ihm steht die tägliche Leitung der Geschäfte zu, doch hat das Gehör ausdrücklich angeordnet, daß er an der Rechtspflege nicht teilnehmen darf.

Am 19. Juli 1898 wurde der damalige General-Lieutenant von Dahnle, der Kommandeur der 2. Garde-Infanterie-Division vom Militärkabinettskommandant und wenige Wochen darauf, nachdem General von Albedro das 7. Korps erhalten hatte, wurde er Chef des Militärkabinetts. In dieser verantwortungsvollen und arbeitsreichen Tätigkeit, in der er die wichtigste Berater des obersten Kriegsherrn in den persönlichen Angelegenheiten der Offiziere, vor allem ihren Beförderungen und Arbeitsbedingungen ist, hat er, von dem unbedingten Vertrauen seines kaiserlichen Herrn getragen, seine Arbeit geleistet, als weit länger, als es seinen früheren Vorgesetzten, den Generalen v. Rantzau und von Treskow, beschieden war; nur General von Albedro, sein unmittelbarer Vorgänger, hat 17 Jahre lang ununterbrochen die Geschäfte der sogenannten Personalabteilung des Reichsmilitärkabinetts geleitet. General von Dahnle hat alle drei Kriege mitgemacht: 1864 zeichnete er sich als Kompaniechef im Gifflach-Regiment aus; im böhmischen und französischen Kriege gehörte er dem Hauptquartier des Kronprinzen als Generalstabsoffizier an. Regimentskommandeur ist, so viel wir wissen, Dahnle nie gewesen; vielmehr wurde er bereits als Major 1872 zum Chef des Generalstabes des 2. Armeekorps ernannt und in dieser Stellung blieb er, bis er 1881 zum Kommandeur der 1. Garde-Infanterie-Brigade und zugleich zum Kommandanten von Potsdam sowie 1886 zum Kommandeur der 2. Garde-Infanterie-Division ernannt wurde. General v. Dahnle, der gleichzeitig vortragender Generaladjutant des Kaisers, Chef des Generalstabes des Reichsmilitärkabinetts, Chef des Generalstabes des 2. Armeekorps, Kommandant von Potsdam und in dieser Stellung blieb er, bis er 1881 zum Kommandeur der 1. Garde-Infanterie-Brigade und zugleich zum Kommandanten von Potsdam sowie 1886 zum Kommandeur der 2. Garde-Infanterie-Division ernannt wurde. General v. Dahnle, der gleichzeitig vortragender Generaladjutant des Kaisers, Chef des Generalstabes des Reichsmilitärkabinetts, Chef des Generalstabes des 2. Armeekorps, Kommandant von Potsdam und in dieser Stellung blieb er, bis er 1881 zum Kommandeur der 1. Garde-Infanterie-Brigade und zugleich zum Kommandanten von Potsdam sowie 1886 zum Kommandeur der 2. Garde-Infanterie-Division ernannt wurde.

Den Präsidenten des Reichsmilitärgerichtes ist als preussische Senatspräsidenten der Chef der Justizabteilung des Reichsmilitärkabinetts, der bisherige Justizrat Professor Dr. Weiffenbach und der bisherige Justizrat des Reichsmilitärkabinetts Geheimrat Admiralitätsrat Dr. Herz zur Seite.

* Dem Vernehmen Berliner Blätter zufolge wird der Posten des Regierungspräsidenten in Osnabrück in nächster Zeit besetzt werden und zwar durch den derzeitigen Ober-Regierungsrat von Seydewitz und der Post in Oppeln.

* Verschiedene Änderungen in den höheren Ministerialstellen haben neuer. Der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, Wittf. Graf Braunbekren, zugleich Vorsitzender der Prüfungskommission für höhere Verwaltungsbeamte, wird, wie schon früher gemeldet, am 1. Juli in den Ruhestand treten. In seinem Nachfolge soll der Ministerialdirektor v. Wilschütz aus Osnabrück sein. — Der als Nachfolger des verstorbenen Präsidenten der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste, Herrn von Sauer, genannte Abg. Dr. Heitgen hat die, wie der „Sächsischen Anz.“ mitgeteilt wird, verschiedene Interessen gegenüber erklärt, daß ihm von seiner Ernennung bisher nichts bekannt geworden sei und daß die Entscheidung der Angelegenheit sich noch längere Zeit hinziehen könne.

* Die Vorstände der preussischen Landwirtschaftskammern unter dem Vorsitz des Grafen Smerin-König sind in Wiesbaden gestern zu einer Konferenz zusammengetreten, an welcher insgesamt 50 Delegierte aus den Provinzen des preussischen Staates teilnahmen. Es wurde Bericht erstattet über die Errichtung einer Central-Landwirtschaftskammer, über den Schluß des deutschen Rabatens und über die zukünftige Handelspolitik. In letzterer Beziehung wurde beschlossen: Den Landwirtschaftsminister zu ersuchen, derselbe möge mit aller Entschiedenheit dahin wirken, daß in verschiedenen deutschen Staaten ein höherer Zolltarif als bisher für den Verkehr aufgenommen werde. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt. Am Nachmittag machten die Teilnehmer an der Konferenz einen Ausflug nach Gießenheim, um die dortige königliche Kesselfabrik für Holz-, Wein- und Gartenbau zu besichtigen.

* Die preussische Erbschaftsverordnung hat neuerdings ihre Abfertigungsmittel vergrößert, auch den Beamten und Arbeitern der Erbschaftsverwaltung Kosten und Prämien zu den von der Verwaltung selbst zu zahlenden Kosten zu liefern.

* Im politischen Doppelvertragsvertrag erklärte gestern Oberstaatsanwalt Dr. Elsbauer in seiner langwierigen Rede über die Schuld Kolenda nicht für erwiesen. Nachdem Reichsanwalt Zweigert die einzelnen Beweismomente gewürdigt hatte, machte sich der Oberstaatsanwalt zur Entlassung und beantragte die gleiche Befreiung nicht, welche gegen den Angeklagten zwei Jahre lang unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft, gegen Meleowicz unter Zustimmung mildernden Umstände neun Monate lang, ebenfalls mit Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft, durchzuführen zu lassen.

* Die allmähliche Steigerung des Verkehrs im Kaiser-Wilhelm-Kanal dauert fort. Im Monat Mai d. J. haben 2642 Schiffe (gegen 2618 Schiffe im Mai 1899) mit einem Netto-Raumgehalt von 388 087 Registertons (1899 283 038 Registertons) den Kanal benutzt, und nach Abzug des auf die Kanalabgabe in Anrechnung zu bringenden Güterabzuges, an Gebühren 188 450 Mk. (1899 138 727 Mk.) entricht.

* Bei der gestrigen Reichstagswahl in Waldenburg (Kur. Sachsen) erzielte, wie endgültig festgestellt ist, C. F. (Zog.) 19 107, Müller (Kartell) 11 761 und Feige (Fr. Vp.) 1336 Stimmen. Ersterer ist mitgiltig gewählt.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Erzherzog Franz Ferdinand. Die Neuberger-Union-Partei in Ungarn beabsichtigt das Abgeordnetehaus zu einer Sitzung einzuberufen zu lassen, um die Regierung wegen der vermeintlichen Änderungen des Tronoffgesetzes zu verurteilen. Der Präsident der Partei, Franz Roth, erklärte sich von diesem Vorhaben abzuwenden, da er sich die klare Kenntnis verschafft, daß eine solche Veränderung nicht beabsichtigt sei. In der heutigen Gedenksitzung Franz Ferdinands wurde nur enthalten. Er sei sich der Tragweite seiner Handlung vollkommen bewußt und gebe seine moralische Verantwortung nicht auf. Die Sachlage sei, was auch seine Erben nicht ändern können. Diese Gedenksitzung wird im Herbst dem zusammenzutretenden ungarischen Reichstage in Form eines Belegmusters unterbreitet und den Landesregierungen einverleibt werden. Von irgend einem Bescheid oder einer Änderung des Tronoffgesetzes ist somit keine Rede. Der ungarische Reichstag wird diese Vorlage einfach zur Kenntnis nehmen, womit künftigen Streitfragen vorgebeugt sein wird.

Italien.

Eine Erklärung des Ministeriums. In der Kammer verlas der Ministerpräsident Saracco gestern eine Erklärung des Ministeriums. Diese fordert die Deputierten auf, interessiert dazu mitzuwirken, daß die parlamentarischen Arbeiten in ruhiger Weise vor sich gehen, und damit hierdurch dem Land diejenigen Wohlthaten zu sichern, auf die es Anspruch hat. Die verschiedenen Parteien sollten sich bemühen, die verschiedenen Interessen nicht unvernünftige Wünsche einzubringen. Ferner wird dieser Rede die große Mehrheit des Landes und das Parlament eine unerwartete Grundlage in ihrem Vertrauen zu den freien Einrichtungen betonen. „Es ist die Erklärung, daß, was uns veranlaßt, uns unter den gegenwärtigen Verhältnissen in den Dienst des Königs und des Vaterlandes zu stellen. Es ist nicht der Moment, ein großes Programm aufzustellen. Die Wirtschaftspolitik des Landes, die Organisation der Justiz, der Verwaltung und der Finanzen, der Schulen und des Heeres werden den Gegenstand von Reformen seitens der Regierung und des Parlaments bilden. Wir sind tief überzeugt, daß die Unparteilichkeit im Volk die wichtigste Grundlage ist, um die Unparteilichkeit im Volk zu erreichen. Später werden wir dann nach eingehender Studien unser Programm wichtigerer Reformen darlegen. Die Regierung wird niemals allzuweitgehende Versprechungen machen; aber die Zeit ist gekommen, durch Taten zu zeigen, daß wir die Notwendigkeit einsehen, die Gefahren einer Schlinge zu vermeiden, die in einem

gemeinen Augenblick bedrohlich werden könnte. In die müssen wir uns jetzt darauf beschränken, von der Kammer zu verlangen, daß sie vorläufig den Budget für ihre Zustimmung gebe, sowie den dringenden Vorbehalt, um den raschmöglichen Gang der Verwaltung zu sichern, ferner dafür Sorge zu tragen, daß das Parlament wieder in normaler Weise arbeite. So, wie wir von der größten Wichtigkeit für die Volkswirtschaft erfüllt sind, verlangen wir auch von allen Parteien die gleiche entgegengehende Haltung, daß sie immer der parlamentarischen Rednertribüne in der Kammer zum Nutzen gerichtet haben. Wir werden eifrig darauf bedacht sein, den öffentlichen Kredit zu erhalten, das Gleichgewicht des Budgets zu befestigen, die wirtschaftlichen Kräfte des Landes weiter zu entwickeln und die Ordnung durch Festigkeit und energiegeladene Verwaltung vorzubehalten. Gehilgt auf Ihre Vertrauen, sich in dem Beschlusse, uns nicht von den guten und gesunden Regeln des konstitutionellen Parlamentarismus zu entfernen, werden wir die ganze und volle Verantwortlichkeit auf uns nehmen.“

Am Schluß seiner Ausführungen sagte Saracco, sein langes Leben sei seinem Lande, er sei bereit frei von dem Gängel und der Lebensfähigkeit der Parteien. Als alter, dem König ergebener Diener, forderte er die zur Einigkeit auf, die mitarbeiten wollen, die freieschlichen Institutionen zu heben, die Organisation des Staates zu befestigen und das Ansehen und die Kraft der Punkte zu heben. Das Land habe die Erlaubnis Saraccos, die vielfach von Befehl unterbrochen waren, mit großer Aufmerksamkeit an. Der Saal und die Tribünen waren fast besetzt. Alle Minister waren anwesend. Nachdem Saracco seine Rede beendet hatte, beschloß das Haus, heute die Wahl des Präsidenten vorzunehmen und in die Verwaltung über die ministeriellen Erläuterungen einzutreten.

Im Senate verlas der Ministerpräsident Saracco unter lebhaftem Beifall des Hauses die folgende Erklärung des Ministeriums wie in der Kammer.

Frankreich.

Verschiedenes.

Auf dem internationalen Kongress für soziale Arbeiter-Berichterstattung referierten am Dienstag die Herren Dr. Häbeler und Schärer. Der Professor der Rechte an der Universität Paris, J. J. und Graf Koenigs sprach sich nachher über die obligatorische Verleumdung aus und schloß dem deutschen Publikum großen Beifall. Gestern Abend wurde der Kongress im Bundesministerium empfangen.

In parlamentarischen Kreisen verläuft, die Regierung beabsichtigt, die Session der Kammer am 3. Juli zu schließen. Mehrere Berliner Blätter melden, der Chef des Generalstabes General Delanné habe einen Tagesbefehl erlassen, in dem er, ohne im Berichtigen den vom Kriegsmilitär-Konze folgenden Genannten Namen zu nennen, angeordnet habe, daß die abberufenen Offiziere und deren Vertreter, die Hauptstellen der einzelnen Abteilungen, ihren Dienst weiter zu versehen haben. Der „Gaulois“ bemerkt dazu, daß diese Entlassung Delannés überaus ernst sei und darauf, daß der Chef des Generalstabes sich amtlich geweigert habe, die von Kriegsmilitär-Konze geforderten Namen anzugeben. Trotz des Widerstandes der Regierung werde die Singeländer nach und nach der Session in der Kammer zur Sprache gebracht werden.

England.

Von Seiten des neuen Kabinetts, welches sich gestern der Kammer vorstellte, wurde erklärt, das Kabinet werde über die kolonialen Angelegenheiten sorgfältig nachdenken, es werde suchen, durch Abbruch von Restriktionen die den vorliegenden Umständen am besten entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen; ferner werde das Kabinet den Bevölkerungswachstum, welche den Staatshäusern gegenüber gemäß dem Gesetz vom 20. Mai 1893 eingezogen sein.

Ägypten.

Die Ägyptische Regierung verweigert das Verordnen der Kumaft-Expedition; die Ägypten sind fast unpassierbar.

Der Krieg in China.

Endlich die erste amtliche Mitteilung! In ihrer Knappheit, wortreicher Fassung, die wir schon gestern telegraphisch mitgeteilt haben, gibt sie dennoch ein sehr klares Bild der bedrückenden Lage, in der sich Nord-Syngow und seine Truppen befinden müssen, sie läßt auch ahnen, mit welchem Fanatismus die feindliche Heeremacht kämpft. Wir wiederholen des Zusammenhanges halber hier nochmals das Telegramm, das am Mittwoch früh im Auswärtigen Amt zu Berlin angelangt ist:

Amiral Seymour ist 14 Kilometer von Tientsin umzingelt, 82 Tote, 200 Verwundete, sehr bedrängt, verlangt 2000 Mann Hilfstruppen, die 25. Juni Morgens von Tientsin anberufen unter russischem Oberkommando.

Ans dieser Mitteilung geht nicht hervor, ob Admiral Seymour Befehl übergeben erreicht hat oder ob die Umzingelung erst erfolgt, als er sich auf den Rückweg nach Tientsin befand. Die letztere Stadi ist von den Entlastungen glücklich erreicht worden. Eine Changhaier Drahtmeldung besagt nämlich, der dortige russische Konflikt habe am Dienstag ein Telegramm aus Tientsin erhalten, wonach die russischen Landtruppen Tientsin entsetzt haben mit einem Verluste von 4 Tödlern und 20 Verwundeten. Kleine Abteilungen der anderen Mächte sind in Tientsin zusammen mit russischer Artillerie ein. Ein zweites Telegramm aus Tientsin besagt jedoch Sachverhalt mit den Worten:

Die Engländer und Amerikaner rücken in Tientsin ein, nachdem die Geschäfte des chinesischen Oberkommandos zum Schweigen gebracht und die chinesischen Truppen zerstört worden. Die anderen fremden Truppen

